

CDU-Kreistagsfraktion Rastatt
*Kreisrat Andreas Merkel * Fraktionsvorsitzender*
Haushaltsstellungnahme 2022

Sehr geehrter Herr Landrat,
verehrte Kolleginnen und Kollegen des Kreistages,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

wenn wir heute den Haushalt 2022 auf den Weg bringen, tun wir dies erneut in Zeiten einer weltweiten Pandemie. Und so ist klar, dass auch die Pandemie und die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen diesen Haushalt bestimmen. Gleichwohl ist es kein Haushalt, der im Krisenmodus verharrt, sondern der unseren politischen Gestaltungswillen abbildet und ein ambitioniertes Investitionsprogramm ermöglicht. Er eröffnet damit in ähnlicher Weise einen optimistischen Blick auf die vor uns liegenden Monate wie die jüngst angekündigten Lockerungen bei den coronabedingten Einschränkungen unseres Alltags.

Haushaltsplan und Haushaltssatzung wurden weitgehend von der Verwaltung vorbereitet, nachdem unser neu gewählter Landrat Dr. Dusch erst wenige Tage vor der Einbringung seinen Dienst antreten konnte. Ich will daher an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landkreisverwaltung danken, die im zurückliegenden Jahr in durchaus außergewöhnlichen Zeiten das Schiff Landratsamt gut auf Kurs gehalten haben. Denn neben der Vakanz an der Spitze war es natürlich die Bewältigung der Pandemie, die die Mitarbeiter*innen vielfach besonders gefordert hat und auch weiterhin fordern wird. Die Pandemie hat einmal mehr deutlich werden lassen, dass beim öffentlichen Gesundheitswesen, für das ja zunächst das Land verantwortlich ist, Handlungsbedarf besteht. Wir sind

daher froh, dass es mit dem Haushaltsbeschluss möglich sein, wird im Gesundheitsamt 5,5 weitere Stellen¹ zu besetzen.

Nicht nur die Verwaltung, sondern auch unser Klinikum Mittelbaden, für das wir gemeinsam mit Baden-Baden Verantwortung tragen, leistet bei der Bewältigung der Pandemie eine hervorragende Arbeit. Wir wissen diese Arbeit zu schätzen, was sich auch in Zahlen ausdrückt, wenn ich daran denke, dass wir im Wege der Vorberatung den Ausgleich des Betriebskostendefizits für das zurückliegende Jahr von 3,0 Mio. EUR auf 3,6 Mio. EUR heraufgesetzt haben². Ich will an dieser Stelle aber erneut deutlich sagen, dass wir seitens der CDU-Fraktion Bund und Land weiter in der Pflicht sehen, die Krankenhausfinanzierung auf ein solides Fundament zu stellen. Das gilt in besondere Weise, wenn Kliniken in Pandemiezeiten ihren regulären Betrieb herunterfahren müssen, um die Behandlung von Corona-Patienten zu gewährleisten.

Es steht für uns auch außer Frage, dass wir uns im Laufe dieses Jahres erneut mit grundsätzlichen Fragen des Klinikums zu beschäftigen haben werden. Ich denke an die anstehende Standortentscheidung für ein Zentralklinikum und die Erarbeitung eines Finanzierungskonzeptes für dieses Zukunftsprojekt. Zudem will ich daran erinnern, dass der Kreistag bei der Strukturentscheidung weitere Arbeitsaufträge erteilt hat, die angegangen werden müssen. Es geht zum einen um konzeptionelle Lösungen für die Nachnutzung der vorhandenen Standorte in Bühl und Rastatt, um die Frage ob wir im Murgtal ein niederschwelliges Angebot neu implementieren müssen und es geht darum, den Rettungsdienst auf den neuen Klinikstandort auszurichten.

¹ Haushaltsplan, Abschnitt A 6, Stellenplan mit Erläuterungen

² Bezogen auf den Anteil des Landkreises Rastatt, siehe hierzu Tischvorlage AVF vom 25. Januar 2022

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

das zurückliegende Jahr 2021 hat uns im Sommer mit erschreckenden Bildern vor Augen geführt, welche Zerstörungskraft Naturereignissen zukommen kann. Im Sommer war es das Hochwasser im Ahrtal und vor wenigen Tagen waren es Orkanböen in Norddeutschland, die Menschenleben gefordert und erhebliche Sachschäden verursacht haben. Wir müssen uns daher als Landkreis fragen, sind wir beim Katastrophenschutz, aber auch beim vorbeugenden Hochwasserschutz, gut aufgestellt. Die zusätzlichen 3,0 Stellen³ für die Integrierte Leitstelle sowie das Krisenmanagement sind hier ein klares Zeichen, dass wir unsere Verantwortung ernst nehmen. In gleicher Weise engagieren wir uns bekanntlich in Zusammenarbeit mit den kreisangehörigen Gemeinden beim Starkregenerisikomanagement. Hier bitten darum, uns zu gegebener Zeit über das Ergebnis dieser Arbeit zu unterrichten.

Auf völliges Unverständnis verbunden mit deutlicher Kritik stößt bei uns aber die zögerliche Haltung des Landes bei der Umsetzung des Integrierten Rheinprogramms, das bekanntlich einen 200-jährigen Hochwasserschutz für die Rheinanliegergemeinden auch in unserem Landkreis zum Ziel hat. Es kann doch nicht sein, dass der Realisierungszeitraum für dieses Integrierte Rheinprogramm – wie jüngst geschehen – vom Jahr 2028 auf das Jahr 2038 verschoben wird. So kann man nicht und so darf man nicht agieren. Geht es doch um die Sicherheit von Menschen und den Schutz von erheblichen Sachwerten! Wir fordern daher für die einschlägigen Maßnahmen einen konkreten Zeit- und Realisierungsplan. Zugleich beantragen wir, im AUBP einen Sachstandsbericht zu erstatten.

³ Haushaltsplan, Abschnitt A 6, Stellenplan mit Erläuterungen

Auf einem ebenfalls wichtigen Gebiet – nämlich der Mobilität – sind wir ebenfalls vom Handeln und von Vorgaben des Landes abhängig. Mit dem Stadtbahnverkehr im Murgtal und entlang der Rheinschiene, einem Buskonzept, das wir jüngst gerade in Richtung Nationalpark gestärkt haben, und ALT-Verkehren in den Randzeiten sind wir aktuell ordentlich aufgestellt. Wir wollen aber beim ÖPNV noch besser werden. Dafür müssen wir wissen, wie sich das Land die konkrete Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Mobilitätsgarantie vorstellt, um hier vor Ort handeln zu können. Unabhängig davon müssen wir noch vor der Sommerpause das Thema 360-Euro-ÖPNV-Jahresticket für Schüler und Jugendliche auf den Weg bringen, damit es mit Beginn des neuen Schuljahrs Wirkung entfalten kann. Hier bestehen bekanntlich Wechselwirkungen mit dem Thema Schülerbeförderung. In gleicher Weise unterstützen wir die Überlegungen zur Erprobung einer länderübergreifenden Regio-Buslinie mit dem Elsass und hoffen, dass wir endlich einen weiteren Schritt vorankommen werden.

Vorankommen wollen wir auch beim Schienengebundenen Öffentlichen Nahverkehr (SPNV). Während der Ausbau im Rheintal ganz entscheidend von der Fertigstellung des Rastatter Tunnels abhängt, liegt es beim zweigleisigen Ausbau im vorderen Murgtal ein gutes Stück in den Händen der kommunalen Körperschaften, wie es weiter geht. Die erfreuliche Botschaft der jüngst vorgestellten Machbarkeitsstudie ist, dass es technisch möglich ist, die Kapazitäten für die Personen- und Güterbeförderung zu erhöhen. Das ist der erste Schritte auf einem arbeitsintensiven Weg. Im engen Schulterschluss aller Beteiligten sollten nun die nächsten Schritte eingeleitet werden. Dabei haben wir Verständnis für den Wunsch der Städte und Gemeinden, das Projekt schneller als aktuell geplant weiter zu bearbeiten. Was hier realistischer Weise möglich ist, werden wir gerne unterstützen, zumal ja der Ministerpräsident unseres Landes immer wieder die Beschleunigung von Planungsprozessen anmahnt.

Sehr unzufrieden sind wir aktuell mit der Arbeit des KVV im Zusammenhang mit der Abschaffung der Stempel- und Mehrfachkarten. Es mag dafür ja Gründe geben. Wie das ganze aber angegangen wurde, ist schlicht und ergreifend ein Kommunikationsdesaster, das sich so nicht wiederholen darf. Im Übrigen setzen wir darauf, dass der KVV in der Sache selbst nachsteuert und in der Aufsichtsratssitzung am 11. März eine Lösung gefunden wird, die gerade den Belangen von Familien und Senioren Rechnung trägt⁴.

Die Förderung des ÖPNV ist kein Selbstzweck. Er dient der Mobilität unserer Bevölkerung, er trägt zur Minimierung des CO₂-Ausstosses des Verkehrssektors bei und ist für die Unternehmen und ihre Beschäftigten von großer Bedeutung. Für uns als CDU-Fraktion reduziert sich Mobilität aber nicht nur auf den ÖPNV. Wir wollen vielmehr, dass der Kreis auch seinen Verpflichtungen für die Straßen- und Radwegeinfrastruktur gerecht wird. Wir begrüßen daher, dass wir uns in der Vorberatung, ausgehend von einem Antrag der CDU-Fraktion und im Schulterschluss mit Vertretern weiterer Fraktionen, darauf verständigen konnten, den Ansatz für Deckenmaßnahmen im Haushalt 2022 von ursprünglich 1,0 Mio. EUR/Jahr auf jetzt 2,2 Mio. EUR heraufzusetzen. Das ist gut für den Substanzerhalt und kommt unmittelbar allen Kreiseinwohnern zu Gute, die mit Auto, Motorrad oder Fahrrad unterwegs sind. Neben dem Substanzerhalt müssen wir bei weiteren Themen vorankommen.

Ich denke konkret an die Anbindung des Baden-Airparks an das überregionale Straßennetz und die damit verbundene Entlastung von Ortsdurchfahrten im südlichen Landkreis, gerade in Hügelsheim, an den Aus-

⁴ <https://bnn.de/karlsruhe/stempelkarte-kvv-abschaffung-arger-entscheidung-alternativen-aufsichtsrat>

bau des Knotens Rastatt Nord, an die B 3-Umfahrung von Kuppenheim, an die Linienfestlegung für den Radschnellweg von Karlsruhe nach Rastatt oder die Reaktivierung der Wintersdorfer Brücke für den Schienenverkehr⁵. Im Interesse der Bevölkerung, aber auch der Standortsicherung für unsere regionale Wirtschaft, müssen wir uns hier als Landkreis engagiert und auf Ausgleich bedacht einbringen.

Flagge zeigen wollen wir als Fraktion bei zwei gemeindlichen Projekten, die ein finanzielles Engagement des Landkreises rechtfertigen. Ich nenne hier den Investitionszuschuss für die Neuausrichtung der Galopprennbahn in Iffezheim. Wir gehen davon aus, dass sich hier neben dem Kreis auch die Stadt Baden-Baden engagieren wird. Förderungswürdig erachten wir zudem, den kommunalen Schlachthof in Bühl. Er leistet einen wichtigen Beitrag bei der regionalen Vermarktung von Produkten und passt von daher gut zu den Bemühungen der Bio-Musterregion Mittelbaden. Die Inaussichtstellung eines Investitionszuschusses verbinden wir jedoch mit der klaren Forderung, uns zunächst ein tragfähiges Konzept für die erforderlichen Maßnahmen und den künftigen tierschutzgerechten Betrieb vorzulegen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

dieser Haushalt setzt auch beim Klimaschutz die richtigen Akzente. Wir nehmen erneut viel Geld in die Hand, um unseren Gebäudebestand zu sanieren und in diesem Zuge die Energieeffizienz zu verbessern. Davon profitieren in besonderer Weise unsere kreiseigenen Schulen. In diesem Haushalt konkret die Carl-Benz-Schule und mittelfristig dann das TG der Josef-Durler-Schule. Einen weiteren Schritt vorankommen wollen wir zu-

⁵ Teilhaushalt 3, PC 3300 – Straßenbauamt, Aufwendungen für Dienstleister

dem beim dringend erforderlichen Erweiterungsbau für die Pestalozzi-
schule in Rastatt⁶.

Der Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebs beinhaltet wichtige
Weichenstellungen für die Deponie „Hintere Dollert“ in Oberweier. Dank
des tatkräftigen Handels unseres neuen Landrats konnten die notwendigen
Beschlüsse zur Gefährdungsabschätzung und zur Sickerwasserbehand-
lung mit breiter Mehrheit getroffen werden. Für Oberweier und die dortige
BI sicherlich von Bedeutung ist zudem der angekündigte Stilllegungsantrag
für den Standort. Bei der vorgesehenen Abdeckung der Deponie ist aber
auf jeden Fall Vorsorge dafür zu treffen, dass dort künftig eine Freiflächen-
Photovoltaikanlage installiert werden kann. Unabhängig davon werden wir
uns als Kreis zeitnah mit der Frage beschäftigen müssen, wie wir künftig
die Entsorgungssicherheit für DK I-Material gewährleisten wollen.

Beim Breitbandausbau nähert sich der Infrastrukturausbau langsam
seinem Ende. Wir haben nun die Erwartung, dass das neugeschaffene
Glasfasernetz künftig rege genutzt wird. Wir bitten daher den Eigenbetrieb
als Dienstleister die Städte und Gemeinden beim Aufbau und Ausbau ge-
meindlicher Netze zu unterstützen.

Zusammenfassend sind wir der Auffassung, dass der Haushalt 2022 und
die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe solide finanziert sind und unsere
finanzwirtschaftlichen Ziele, insbesondere bei der Rückführung der Ver-
schuldung, vollumfänglich erreicht werden. Mit dem Haushalt und Trans-
feraufwendungen von fast 83 Mio. EUR⁷ werden wir auch unserer sozialen
Verantwortung gerecht. Beispielhaft will ich ergänzend nur an die deutlich

⁶ Carl-Benz-Schule mit insgesamt 4,55 Mio. EUR, Josef-Durler-Schule mit 10,75 Mio. EUR und die Pestalozzi-
schule mit 3,65 Mio. EUR.

⁷ Teilergebnishaushalt 3, Transferaufwendungen sowie AVF v. 25. Januar 2022

verbesserte Förderung der Präventionsarbeit des Vereins Feuervogel erinnern⁸.

Die von uns beantragte Absenkung der Kreisumlage um einen halben Prozentpunkt ist angesichts der finanziellen Rahmenbedingungen nach der November-Steuerschätzung⁹ sachgerecht. Die Reduzierung ist zugleich Ausdruck einer seit Jahren praktizierten fairen Partnerschaft zwischen dem Landkreis und den 23 kreisangehörigen Gemeinden. An diesem fairen Miteinander sollten wir auch festhalten, wenn es in den nächsten Wochen darum geht, die sich abzeichnenden Herausforderungen bei der Flüchtlingsunterbringung gemeinsam zu bewältigen.

Wir danken Herrn Kreiskämmerer Jung und seiner Mannschaft sowie den Betriebsleitern der Eigenbetriebe für die gute Vorbereitung.

Die CDU-Fraktion wird dem Beschlussvorschlag in allen Punkten, also auch hinsichtlich des Kreisumlagehebesatzes, zustimmen.

Es gilt das gesprochene Wort!

⁸ Zuschuss von 65.000 EUR gem. JHA v. 22. November 2021

⁹ Mehrerträge bei den Schlüsselzuweisungen von 2,655 Mio. EUR